

Top 05: Forderungen des Jugendrings zur Bundestagswahl

Der Jugendring Düsseldorf und seine Mitgliedsverbände stellen folgende Forderungen an die Abgeordneten des Bundestags bzw. an die Düsseldorfer Kandidat*innen für die kommende Bundestagswahl:

Für uns steht **Klimaschutz** an oberster Stelle! Gerade für die jüngeren Generationen sowie für alle nachfolgenden, ist es essenziell den Klimawandel aufzuhalten, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. Daher fordern wir die Einhaltung des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels:

- Wir fordern, dass Politiker*innen deutlich stärker wissenschaftliche Erkenntnisse in ihre politischen Entscheidungen einfließen lassen. Vor dem Klimawandel wird schon lange gewarnt und Maßnahmen für den Klimaschutz dürfen nicht mehr hinter Interessen einzelner Gruppen zurücktreten.
- Es braucht klare staatliche Regelungen und Regulationen, insbesondere innerhalb der Wirtschaft. Zentral ist dabei eine CO₂-Steuer, die auch für alle großen Konzerne gilt und diese in die Pflicht nimmt, denn das individuelle Verhalten von Verbraucher*innen hat nur einen begrenzten Einfluss auf den globalen Klimawandel.
- Im Bereich der Energie muss konsequent auf erneuerbare Energien umgestellt werden und diesen der Vorzug gegenüber fossilen Energien gegeben werden. Außerdem muss energieeffizientes Wohnen und Bauen deutlich einfacher werden und stärker gefördert werden.
- Die Verkehrswende muss bundespolitisch vorangetrieben werden. Emissionen durch den Individualverkehr müssen verringert werden. Dafür braucht es kostengünstigere Tickets für Nah- und Fernverkehr. Außerdem sollte mehr Geld in die Forschung zu CO₂-neutralen Fahrzeugen investiert werden.
- Bei allen politischen Entscheidungen müssen die langfristigen Folgen für die Gesellschaft und Wirtschaft betrachtet werden, die durch eine Klimakatastrophe entstehen würden. Insbesondere sind alle Maßnahmen darauf zu prüfen, inwiefern sie sozial gerecht sind. Es sollten zum Beispiel gerade niedrige Einkommen nicht zu stark belastet werden sowie gerade die großen Unternehmen und Industrien in die Verantwortung genommen werden.

Soziale Gerechtigkeit muss ein Grundpfeiler in der Bundespolitik sein. Chancen und Zugänge zu Bereichen wie Bildung, Arbeitsmarkt oder Wohnraum müssen für alle gleichermaßen verfügbar sein. Gerade einkommensschwache Personen und Haushalte müssen deutlich stärker unterstützt werden.

- Umfassende Steuerreformen sollen dazu genutzt werden, um schwache Einkommen zu entlasten, während gleichzeitig höhere Einkommen und Vermögen stärker besteuert werden sollten. Gerade durch die zunehmende Digitalisierung sollten Modelle zur Besteuerung im digitalen Raum entwickelt werden. Steuerhinterziehung muss stärker bekämpft werden.
- Bezahlbarer Wohnraum sollte für alle Menschen verfügbar sein, daher braucht es Maßnahmen, um die Steigerung der Mieten zu begrenzen sowie deutlich mehr Sozialen Wohnungsbau und Wohnraum durch Genossenschaften.
- Gerade in der Corona-Pandemie machten sich die Unterschiede zwischen den finanziell stärkeren und schwächeren Haushalten deutlich. Damit das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und auf Bildung von allen jungen Menschen wahrgenommen werden kann, bedarf es mehr Unterstützung sowohl mit finanziellen Mitteln als auch mit technischer Ausstattung.

Viele Personen und Gruppen werden in Deutschland strukturell diskriminiert. Das bedeutet sie erleben immer wieder Benachteiligungen in unterschiedlichen Bereichen. Um Chancen und Zugänge zu allen gesellschaftlichen Bereichen sicherzustellen, braucht es daher eine starke

Antidiskriminierungsarbeit, die an unterschiedlichsten Stellen ansetzen muss. Denn wir fordern, dass alle Menschen unabhängig ihres Aussehens, Herkunft, Behinderung, Körpers, Alters, Religion, geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung oder Einkommens alle Chancen und Zugänge zu einem guten Leben in dieser Gesellschaft bekommen.

- Eine Möglichkeit, um Diskriminierung bei der Einstellung von Mitarbeiter*innen zu begegnen, ist die Etablierung einer Norm für anonymisierte Bewerbungen.
- Es sollte sichergestellt werden, dass alle Menschen für ihre Arbeit angemessen entlohnt werden. Das gilt insbesondere für Menschen mit Behinderungen, die oftmals für ihre Arbeit nur ein „Taschengeld“ erhalten.
- Pflege- und Sorgearbeit muss auskömmlich vergütet werden.

Jugendpolitik ist uns als Jugendverbänden ein zentrales Anliegen, wir fordern eine deutlich stärkere Beteiligung von jungen Menschen in der Politik und eine stärkere Berücksichtigung ihrer Belange in

67 politischen Maßnahmen.

- 68 • Junge Menschen unter 18 Jahren sind von dem wichtigen Bürger*innenrecht, dem Wahlrecht
69 ausgeschlossen, obwohl sie sich oftmals bereits ein unabhängiges, eigenes Meinungsbild
70 erstellen können. Daher fordern wir die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die
71 Bundestagswahl.
- 72 • In der Corona-Pandemie wurde wenig Verständnis für die Bedürfnisse und Interessen von
73 jungen Menschen in der Bundespolitik gezeigt. Sie wurden höchstens als Schüler*innen und
74 Zu-Betreuende wahrgenommen, waren und sind jedoch von den Einschränkungen massiv
75 betroffen. Bei vielen hat dies Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Junge Menschen
76 und ihre Anliegen, müssen daher zukünftig stärker in den Blick genommen werden. Nur so
77 können die Auswirkungen der Pandemie aufgefangen werden.
- 78 • Kinder und Jugendliche fehlt häufig der Zugang zu politischer Bildung und
79 Partizipationsmöglichkeiten. Daher fordern wir eine institutionalisierte und auskömmliche
80 Förderung der (außerschulischen) politischen Bildung, damit alle jungen Menschen Zugang
81 zu dieser erhalten.

82 Die **Bildungspolitik** ist ein oftmals umstrittenes Thema. Viele Bereiche fallen in die Hoheit der
83 Länder, allerdings gibt es einige Maßnahmen die bundespolitisch umgesetzt werden könnten. Dazu
84 zählen:

- 85 • ein bundesweites Programm, bei dem Schüler*innen auch auf ihre finanzielle
86 Selbstständigkeit vorbereitet werden. Dazu gehört es, Wissen über finanzielle
87 Verantwortungen (bspw. Einkommenssteuererklärung), Rechte über staatliche
88 Unterstützungsmaßnahmen, Altersvorsorge und Zugänge zu verschiedenen weiteren
89 Ausbildungsmöglichkeiten zu erlangen.
- 90 • Das Abitur hat in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Niveaus. Auf Bundesebene
91 sollte daher ein Kontrollgremium eingesetzt werden, welches dafür Sorge trägt, dass die
92 Niveaus des Abiturs nicht zu weit auseinander gehen und das Abitur ein verlässlicher
93 Indikator für die weitere Laufbahn der Abiturient*innen ist. Außerdem sollte die Vergabe und
94 der Zugang zu Studienplätzen überdacht werden.